

# sozialdemokratischer pressediens

9/XXVII/2

3. Januar 1973

Kein Kahl Schlag in der Regionalpolitik

---

Schwachstrukturierte Betriebe bedürfen weitaus  
vorrangiger Hilfe

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und  
Erster Vizepräsident des Deutschen Gewerkschafts-  
tages

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Vor dem Anfang eines langen Weges

---

Die Unionsparteien vor einem schmerzhaften  
Regenerationsprozess

Seite 3 / 54 Zeilen

Bildungspolitische Bilanz 1972 in Bayern

---

Der Kultusminister - ein bürokratischer  
Missionar des Konservativen

Von Dr. Peter Glots MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD in Bayern

Seite 4 und 5 / 98 Zeilen

### Kein Kahlschlag in der Regionalpolitik

Schwachstrukturierte Räume bedürfen weiter vorrangiger Hilfe

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und  
Erster Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages

Es ist das Verdienst der Deutschen Bundesbank, in einem Bericht an die Bundesregierung erneut auf die Höhe der Subventionen im Bereich des Bundeshaushalts hingewiesen zu haben. Hierüber wird seit Jahren diskutiert, und Subventionsberichte werden erarbeitet, ohne daß man sagen könnte, daß sie bisher große Auswirkungen auf die Gesetzgebung und auf den Bundeshaushalt gehabt hätten. Deshalb muß man der Deutschen Bundesbank dankbar sein, daß sie die Bundesregierung aufgefordert hat, sich mit der Thematik intensiv zu beschäftigen.

Es bleibt jedoch die Frage, ob gerade die Bundesbank alle Aspekte ihrer Vorschläge richtig bedacht hat. Eumindest im Bereich der Städte und Gemeinden entstand der Eindruck, daß die Vorschläge weniger die Großwirtschaft betreffen als ausgerechnet ein Bereich, dessen Förderungswürdigkeit und Notwendigkeit unbestritten ist, nämlich die regionale Strukturförderung. Die Idee dafür angelegt, die Wirtschafts- und Sozialstruktur schwacher Gebiete zu heben und damit das regionale Wohlbefinden zu steigern und langfristig volkswirtschaftlichen Nutzen zu stiften.

Die Forderung der Deutschen Bundesbank, die Förderungsgründe der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" restriktiv zu vergeben, berücksichtigt nicht die Tatsache, daß in der Regionalpolitik wesentliche Erfolge nur in der Aufschwungphase erzielt werden können. Deshalb sind Bund und Länder darin einig, daß konjunkturdämpfende Maßnahmen nicht strukturpolitisch wichtige Bereiche angewendet werden sollen. Wenn die wirtschaftsschwachen Gebiete nicht weiter zurückgeworfen werden

sollten, muß es dabei bleiben.

Die Kritik der Deutschen Bundesbank richtet sich auch gegen die Zahl der 312-Schwerpunkttore der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Der Anteil der Fördergebiete an der Gesamtfläche der Bundesrepublik beträgt 58 vH. In den Fördergebieten leben 33 vH. der Bevölkerung. Die Bevölkerung lebt in rd. 10.000 Gemeinden. Man bedenke nun, daß von diesen 10.000 Gemeinden nur 312 einvernehmlich mit den Bundesländern für eine Förderung der Neuindustrialisierung ausgewählt wurden. In der Öffentlichkeit ist diese Tatsache weithin unbekannt; von der Fachwelt wurde sie nicht genügend zur Kenntnis genommen. Diejenigen, die eine weitere Reduktion der Schwerpunkttore der Gemeinschaftsaufgabe fördern, bedenken häufig nicht, daß nur ein stabiles Grundmuster von Industriestandorten und Versorgungsbereichen in erreichbarer Nähe bessere Wirtschafts- und Sozialstrukturen in der Fläche gewährleisten kann. Je stärker das jetzige Grundmuster der 312-Schwerpunkte reduziert wird, umso geringer wird die Chance einer Umkehrung der großräumigen Wanderungstendenzen zugunsten der Fördergebiete. Die Mobilisierung des Produktionsfaktors "Kapital" zur Ausschöpfung des Produktionsfaktors "Arbeit" in den Fördergebieten muß nach wie vor das regionalpolitische Konzept bleiben.

Resigee Zeiten der regionalen Wirtschaftspolitik sind ja noch noch lange nicht angebrochen. Das angestrebte stabile Gerüst geeigneter Industriestandorte und Versorgungszentren in der Fläche ist erst im Bau begriffen. Keine gute Politik wäre es, während der Schaffung dieses Gerüsts schon wieder Abreißversuche einzuleiten. Die Deutsche Bundesbank und alle jene, die also einen Abbau der Schwerpunkttore fordern, sollten das mit den Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur verfolgte staatspolitische Ziel der regionalen Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren: Innere Entwicklung in der Bundesrepublik wird - jedenfalls im bisherigen Rahmen - weiter fort.

Der soziale Rechtsstaat harret auch in Bezug auf die Hilfen für die schwächsten Glieder des räumlichen Gefüges noch seiner Verwirklichung. Mit einem Abbau der Zahl der Schwerpunkttore läßt sich dieses Ziel nicht erreichen; allerdings sollten von der Wirtschaft nicht angenommene Schwerpunkttore gegen geeignete nach Prüfung des Einzelfalles ausgetauscht werden können. Eine aktive Erfolgskontrolle wird dies ermöglichen. Reduzieren könnte man allenfalls im Rahmen einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik geringfügig die Höchstwerte der Subventionen für die gewerbliche Wirtschaft. Die dadurch eingesparten Mittel sollten für den verstärkten Ausbau kommunaler Infrastrukturen in den Fördergebieten verwendet werden, die der Gesamtbevölkerung und der Wirtschaft gleichermaßen zugute kommen. (13.1.1973, ks/ev)

\* \* \*

### Vor dem Anfang eines langen Weges

---

#### Die Unionsparteien vor einem schwierigen Regenerationsprozeß

Noch immer ist der Schock über die Wahlniederlage vom 19. November vergangenen Jahres bei den Unionsparteien nicht überwunden. Er sitzt sogar tiefer als 1969, als zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Union - trägt sie überhaupt bei dem Zustand ihrer inneren Zerrissenheit diesen Namen noch zu recht? - die Regierungsmacht an die Parteien der sozialliberalen Koalition verlor. Sie betrachtete den Wahlerfolg jenes Jahres gewissermaßen als einen Betriebsunfall, der sich wieder korrigieren ließe. Die Korrektur blieb jedoch aus, das Ergebnis der Bundestagswahl vom 19. November wurde für die CDU/CSU - nicht für die neue deutsche Demokratie - zu einem schwarzen Tag, dessen Schatten weit in die Zukunft reichen.

Nun unterliegt die CDU/CSU einem für die Außenstehenden faszinierenden Prozeß der Irritation und der Verunsicherung. Sie hat einstmals sicheren Boden unter ihren Füßen verloren. Sie tappt im Ungewissen. Natürlich taucht die Schuldfrage auf, und der Chor der Antworten darauf ist vielstimmig und klingt dissonant. War es nur die von der CDU/CSU herausgestellte Führungsmannschaft, der die Ausstrahlungskraft auf die Wähler fehlte? Oder war es die Flucht in die Sterilität, in die Neinsager-Position in wichtigen Existenzfragen von Volk und Staat, die auf die Mehrheit der Bundesbürger abschreckend wirkte? Hat nicht auch das stillschweigende Bündnis mit Teilen des Großkapitals viele Wähler an christlichem Gehalt und Substanz der Unionsparteien zweifeln lassen? Die CDU/CSU wirkte insgesamt unglaubwürdig, es fehlte ihr die Qualität der überzeugenden politischen Aussage. Das mußte sich beim mündigen Bürger auswirken. Er vertraute nicht einer politischen Parteilagergruppierung, die etwa in Fragen der Gesellschaftspolitik die überlebte Sicht von gestern bezog und sich damit den Blick für die Zukunft versperrete und als gestaltende politische Kraft versagte.

Nun müssen die Unionsparteien versuchen, wieder mit sich selbst ins Reine zu kommen. Hier versagen die Tricks und Finessen der Vergangenheit. Sie müssen sich einer Entschlackungskur unterwerfen, um im sachlichen Gegeneinander teilnehmen und bestehen zu können an der Lösung der vielen Fragen, die auf der Tagesordnung deutscher Innen- und Außenpolitik anstehen. "Es ist die große Chance der Sozialdemokraten", schrieb Herbert Wehner in der letzten Ausgabe der "Neuen Gesellschaft", "im Bündnis mit der FDP die Union zur Klärung ihrer Rolle als parlamentarische Opposition zu bringen."

Werden die Unionsparteien diese Chance wahrnehmen oder werden sie weiterhin von Blindheit befallen, bei dem ständigen Ringen um die Sicherung der Friedenspolitik und um den Ausbau unseres sozialen Rechtsstaates wieder abseitsstehen und sich in einen großen Schmolliwinkel zurückziehen? CDU/CSU stehen vor einem langen Weg zur Regeneration, zur Besinnung auf elementare Tatbestände unseres staatlichen und gesellschaftspolitischen Lebens. Wie sie diesen Weg gehen, was sie tun und unterlassen, kann keinem Demokraten gleichgültig sein. Zunächst haben sie für viele Jahre die Fähigkeit verloren, Koalitionspartner anderer demokratischer Parteien zu sein.

(cx/3.1.1973/bcy/ex)

## Bildungspolitische Bilanz 1972 in Bayern

Der Kultusminister - ein bürokratischer Missionar des Konservativen

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD in Bayern

Hans Maier, immer noch parteiloser Kultusminister der CSU-Staatsregierung, hat das zweite Jahr seiner Amtszeit hinter sich gebracht. Während die Kritik nach dem ersten Jahr noch vorsichtig, zögernd sein mußte, weil in so kurzer Zeit eigene Vorhaben und eigener Stil sich schwer Bahn brechen können, sieht man nach zwei Jahren klaren, was jetzt nicht auf den Weg gebracht ist, wird bis 1974 nicht verwirklicht werden können. Diejenigen, die dieses Jahr 1972 mit, neben oder unter Hans Maier durchgestanden haben, wissen nun, was von ihm zu erwarten ist: Korrekte Verwaltung der Krise unseres Bildungssystems, zögernde Reformen wo es unumgänglich ist und missionarischer Eifer im selbstgewählten Bewährungsfeld, Hochschulpolitik. In eine Kurzformel gefaßt: Hans Maier hat sich als bürokratischer Missionar des Konservativen erwiesen.

Wer diesen Kultusminister genauer beobachtet, sieht sein Dilemma bald: Er hat sich ideologisch, trotz eigener Reformvorgehens, längst von den geistigen Grundlagen einer expansiven Bildungspolitik abgewandt; in der praktischen Politik kann er den Schwung dieses Konzepts aber nicht wirksam bremsen - und so macht er, der dieses Dilemma sicherlich selbst lange diagnostiziert hat, mismutig und halbherzig mit. In theoretischen Reden bricht es dann manchmal durch: da warnt er vor "akademischen Proletariat" oder kritisiert studierwillige Fachhochschüler als "Trittbrettfahrer", da zerreißt er die integrierte Gesamtschule rhetorisch in der Luft oder jongliert dunkel mit dem (undefinierten) Begriff des "gesellschaftlichen Bedarfs", an der der Hochschulausbau orientiert werden müsse. Aber was soll er tun - der Zug ist nun einmal abgefahren. Der Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan, den alle Ministerpräsidenten, einschließlich des bayerischen, akzeptiert haben, enthält viele Kompromisse; in der großen Linie orientiert er sich aber am Konzept sozialliberaler Bildungspolitik, weil es eine geschlossene konservative Konzeption bislang nicht gibt. Hans Maier ist zu spät auf den Plan getreten - er muß ausführen, was ihm in der ganzen Richtung nicht mehr paßt. Solche Pflicht macht mismutig und empfindlich.

Wer fair ist, muß ihm konzedieren, daß mit dem Kindergartengesetz und dem Berufsschulgesetz vorsichtige, zögernde Schritte nach vorn gemacht wurden. Die Zuordnung der vorschulischen Erziehung zum Bildungsbereich war richtig; die Reorganisation der beruflichen Bildung könnte der Beginn einer entschlossenen Reform werden. Diese müßte dann allerdings den Prestigevorteil der sogenannten "allgemeinen" vor der beruflichen Bildung rasch abzubauen - und das geht nicht ohne einen Abbau des Drei-

Klassen-Schul-Systems. Gerade dieses allerdings will Maier unbedingt erhalten.

Die Fehlschläge des vergangenen Jahres liegen im Umgang mit der Lehrerbildung und der Bekämpfung des Lehrermangels sowie in der Hochschulpolitik. Maiers - dann allerdings unter dem passiven Protest der Lehrer zurückgenommenes - Wort vom "Lehrerüberschuß", der ab 1975 ins Haus stehe, hat für kurze Zeit aufblitzen lassen, daß er um eine entscheidende Senkung der Schülerzahlen pro Klasse offensichtlich nicht kämpfen will - er hätte sonst die Besserung der Situation durch schwächere Jahrgänge nicht zur Beruhigung mißbraucht. Niemand bestreitet die Schwere des Problems, das in allen Bundesländern gegeben ist. Aber wenn der Kultusminister, statt sich der Kritik der Opposition und der Lehrerverbände gegen andere Ressort-Interessen zu versichern, gleich selbst abwiegelt, werden die Klassen in Bayern weiter unverantwortlich überfüllt sein. Daß im Übrigen die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten vorerst ein rein formaler Akt geblieben ist, der die Lehrerausbildung überhaupt nicht ändert und besorgt, haben alle Beteiligten in der Zwischenzeit bemerkt.

Auf seinem Lieblingsgebiet, der Hochschulpolitik, hat Hans Maier sich verkalkuliert; er rechnete mit einem Wahlsieg der Union und legte ein so konservatives Gesetz vor, daß es nun durch das Hochschulrahmengesetz des Bundes in vielen Punkten Makulatur werden wird, ehe es beschlossen ist. Die Zehne schlen die Hochschulen, als erste Reaktion auf diese Roll-back-Politik haben Tausende Studenten in München und Würzburg sich bei den Asta-Wahlen mit linken und auch links-radikalen Gruppen solidarisiert. Bayerns Hochschulen geraten so in einen gefährlichen Sog zwischen Gegenreform und Absterbismus.

Das Enttäuschendste allerdings ist Hans Maiers Regierungstil. Er hat leider nicht als verantwortlicher Experte, sondern als listreicher Bürokrat gehandelt. Seine systematische Behinderung der Universität Regensburg, dessen Rektor ihn nicht ins Konzept paßt, ist dafür ein beredtes Zeugnis. Und am Salvatorplatz wünschen sich die liberalen Beamten (so komisch es klingt) Ludwig Huber zurück. Der kümmerte sich wenigstens nicht um die Kleinigkeiten und garantierte Leistung unabhängig von politischer Übereinstimmung. Bei Maier ist dies inzwischen anders - zumindest was den Hochschulbereich betrifft.

Der schlimmste Fall von parteiischem Bürokratismus ist dabei die Behandlung der Affaire Hörhammer/Wagner. Fast zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn ist ein Ende der Angelegenheit nicht abzusehen. Zwar wurde gegen Hörhammer ein Disziplinarverfahren eingeleitet; seither hat man aber davon nichts mehr gehört. Obwohl die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel offenbar ist, wurde keiner der Herren vom Dienst suspendiert, gegen Wagner nicht einmal ein Verfahren eröffnet. Jenseits der Frage, ob einer konservativ denkt oder progressiv; daß hier 1972 nichts geschieht, ist eine Schande. Maier, der gerade im Hinblick auf Hochschulen so oft das Wort "Recht" im Munde führt, hätte hier ein Zeichen seiner Unvoreingenommenheit setzen können; er hat es versäumt.

Die Sozialdemokraten werden dieses Versagen nicht auf sich beruhen lassen. Sie werden auch 1973 eine aufmerksame Opposition sein. Für Hans Maier heißt das: eine unbedeutsame.

(-/3.1.1973/hgy/lex)